

Fatale Deals: Die Normalisierung des Talibanregimes

Von AREZAO NAIBY

vier Jahre nach der Machtübernahme der radikal-islamistischen Taliban steht die internationale Gemeinschaft an einem Wendepunkt, über den kaum jemand spricht: Die anfängliche Isolation des Regimes verwandelt sich in eine faktische Anerkennung. Diplomatische Verhandlungen, die Akkreditierung von Taliban-Vertretern: Was 2021 noch als Tabu galt, ist heute Alltag. Politisches Wegducken, pragmatische Ausreden und geopolitisches Kalkül haben zu einer langsam, aber tiefgreifenden Normalisierung geführt - eine Normalisierung, die internationale Normen untergräbt, die globale Sicherheit bedroht und vor allem die Menschen Afghanistans im Stich lässt.

Als erstes Land der Welt hat Russland die Taliban offiziell als Regierung Afghanistan im Juli 2025 anerkannt und die Gruppe von seiner Liste verbotener Terrororganisationen gestrichen. Was für die Taliban einen außenpolitischen Prestiegewinn bedeutete, war für Russland ein Signal gegen den Westen. Dem Kreml ist inzwischen jeder Partner willkommen, der sich in seine antiwestliche Außenpolitik einfügt. Moskau steht mit dieser expliziten Legitimierung des Talibanregimes zwar noch alleine da, doch auch in anderen Ländern hat sich die Linie schon deutlich verschoben. Indien, das nach der Machtübernahme seine Botschaft in Kabul geschlossen hatte, kehrte mittlerweile mit »technischen Missionen« - so der offizielle, euphemistische Begriff für die Entsendung von Diplomaten - wieder zurück. China, die Vereinigten Arabi-

schen Emirate, Usbekistan und Pakistan haben ebenfalls diplomatisches Personal nach Kabul geschickt.

Doch die entscheidende Verschiebung findet woanders statt: in den Hauptstädten der westlichen Demokratien, die ihre eigenen Prinzipien gegen vermeintliche Sachzwänge eintauschen. Am weitesten geht dabei Deutschland - ausgerechnet jenes Land, das jahrzehntelang die Verteidigung von Menschenrechten in der Außenpolitik besonders großgeschrieben hatte. Die Bundesregierung unter Friedrich Merz verhandelt derzeit offen und direkt mit den Taliban

über Abschiebungen.

Sie lässt Taliban-Vertreter sogar auf deutschem Boden arbeiten, etwa im afghanischen Konsulat in Bonn oder im Berliner Botschaftsgebäude - ein Schritt, der das Regime stillschweigend legitimiert. Das Signal ist deutlich: Wenn ein Regime, das Frauen systematisch entreicht und Terroristen schützt, wieder diplomatische Räume in Deutschland nutzen darf, dann hat sich Deutschlands politischer Kompass verändert.

Offiziell begründen Regierungen ihre Zusammenarbeit mit den Taliban als alternativlose Notwendigkeit: Humanitäre Hilfe müsse organisiert, wirtschaftliche Stabilität im Land gefördert oder sicherheitsrelevante Informationen müssten ausgetauscht werden. Doch in Wirklichkeit verfolgen sie in erster Linie handfeste Eigeninteressen: Um jene Absatzmärkte

AREZAO NAIBY,
geb. 1993 in Kabul, ist
Juristin, Redakteurin und
Autorin. Sie arbeitet unter
anderem für das Politik-
magazin »Monitor« und
»WDRforyou«.

zu ersetzen, die Russland im Zuge seines Angriffskriegs gegen die Ukraine 2022 im Westen verloren gegangen sind, exportiert der Kreml seit einigen Jahren Gas, Öl und Weizen nach Afghanistan; Indien strebt nach strategischer Tiefe, nicht zuletzt vor dem Hintergrund seiner Rivalität mit Pakistan; Islamabad wiederum stabilisiert sein Hinterland; China denkt primär an den Großmachtkonflikt mit den Vereinigten Staaten und an die Ausbeutung der afghanischen Rohstoffvorkommen.

Die europäischen Staaten hingegen wollen Abschiebungen ermöglichen, um den innenpolitischen Druck zu reduzieren, den ihnen der Aufstieg rechter Parteien bereitet. Dieser Pragmatismus ist gefährlich. Er unterstellt, dass mit den Taliban kooperiert werden könne, ohne ihre Macht zu legitimieren. Und er unterschätzt, wie sehr die Taliban internationale Anerkennung als innenpolitisches Werkzeug nutzen. Nach dem Anschlag eines afghanischen ehemaligen CIA-Mitarbeiters auf Nationalgardisten am 26. November in Washington, D.C., drohen nun auch Abschiebungen aus den USA. US-Präsident Donald Trump hat angekündigt, alle Afghan:innen, die in den USA Asyl gefunden haben, zu überprüfen. Statt Terrorismus zu bekämpfen oder der Opposition gegen die Taliban zu helfen, schürt er so den Generalverdacht gegen die gesamte afghanische Bevölkerung.

Ein gefährlicher Irrtum: Zähmung durch Kooperation

Hinter diesen Annäherungsversuchen an das Talibanregime steht außerdem eine Illusion: die Vorstellung, die Taliban ließen sich durch diplomatische Einbindung mäßigen. Diese Hoffnung verkennt Wesen und Zielsetzung des Talibanregimes. Seit 2021 hat keine einzige Reform stattgefunden, die auf eine politische Öffnung hindeutet. Im Gegenteil: Die Taliban setzen die härteste Form ihrer Ideologie um - und sie tun es mit wachsendem Selbstbewusstsein. Praktisch bedeutet das: Frauen werden systematisch aus dem öffent-

lichen Leben verbannt, Mädchen dürfen keine weiterführenden Schulen besuchen, ethnische und religiöse Minderheiten ebenso wie queere Menschen werden schikaniert und verfolgt, Journalist:innen eingeschüchtert und verhaftet. Willkür, Folter, Zwangsverschleppungen - all dies ist längst an der Tagesordnung.

»Den außenpolitischen Prestigegegewinn nutzen die Taliban zur innenpolitischen Konsolidierung.«

Gleichzeitig florieren im Umfeld der Taliban terroristische Netzwerke. Aktuell sind rund 14 terroristische und extremistische Gruppen innerhalb Afghanistans aktiv. Auch al-Qaida, eine der weltweit bekanntesten Terrororganisationen, hat laut UN-Berichten in den vergangenen Jahren in Afghanistan wieder einen sicheren Rückzugsraum gefunden. Die Taliban haben ihr sogar erlaubt, Schutzhäuser und Trainingslager einzurichten.

Dass al-Qaida-Chef Ayman al-Zawahiri 2022 im Haus eines Taliban-Funktionärs in Kabul getötet wurde, war kein Zufall, sondern Ausdruck eines politisch-ideologischen Schulterschlusses zwischen al-Qaida und den Taliban. Dasselbe gilt für das Haqqani-Netzwerk. Die Gruppe, die nach Auffassung westlicher Sicherheitsbehörden weiterhin klar terroristisch operiert, besetzt mittlerweile zentrale Positionen innerhalb der Talibanregierung und kontrolliert das afghanische Innenministerium vollständig. Ein Regime aber, das Terroristen beherbergt und sie gar in sein Herrschaftssystem integriert, wird durch diplomatische Anerkennung nicht moderater - es wird ermutigt.

Die internationale Normalisierung der Taliban hat eine unbequeme Wahrheit offengelegt: Viele Staaten haben nie eine wertebasierte Afghanistan-Politik

verfolgt, sondern eine interessengeleitete - versteckt hinter moralischer Rhetorik. Geopolitisch ist Afghanistan ein Kollisionspunkt der Regional- und Globalmächte. Die Taliban haben verstanden, wie man mit dieser Gemengelage vielfältiger Interessen spielt. Je mehr Staaten den Kontakt suchen, desto stärker präsentieren sie sich im Inneren als »legitime« Regierung - und desto weniger Druck spüren sie, Reformen umzusetzen.

Die Unterminierung der internationalen Ordnung

Den außenpolitischen Prestigegegewinn nutzen sie zur innenpolitischen Konsolidierung. Die Botschaft an die afghanische Bevölkerung ist ebenso eindeutig wie verheerend: Die Welt wird euch nicht helfen. Sie hat sich arrangiert. Darüber hinaus hat die schleichende Anerkennung der Taliban Auswirkungen in einem viel größeren Maßstab. Im Umgang der Staaten mit einem Terrorregime zeigt sich stets auch der aktuelle Zustand der globalen Ordnung. Die Normalisierung des Talibanregimes bedeutet nicht nur einen Verrat an den Menschen Afghanistans - sie ist auch ein Verrat an den Prinzipien, auf die sich besonders westliche Demokratien berufen und die die zwischenstaatlichen Beziehungen auf eine regelbasierte Grundlage stellen sollen. Gerade in Zeiten, in denen Demokratien zunehmend fragil werden und sich von einem expansionistischen Russland, der globalen Wirtschaftsmacht China und dem Trumpismus bedroht fühlen, wiegt das doppelt schwer.

Wenn ein Regime, dessen Mitglieder vom Internationalen Strafgerichtshof gesucht werden, wieder als Partner akzeptiert wird, dann verliert das Völkerrecht weiter an Autorität. Wenn ein Regime, das Frauen aus dem öffentlichen Leben verbietet, unter dem Deckmantel »technischer Kooperation« legitimiert wird, dann klingt jedes Bekenntnis zu den Menschenrechten hohl. Und wenn demokratische Staaten mit Terrororganisationen über Abschiebungen verhandeln, um

Symbolpolitik im Kampf um Wählerstimmen zu betreiben, dann verliert die Demokratie an moralischer Substanz. Selbst die Abschiebung afghanischer Frauen schließt Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) nicht mehr aus.

Die Taliban haben längst erkannt: Sie müssen keine Zugeständnisse machen, sie müssen nur abwarten. Die Welt gewöhnt sich an sie. Das ist die eigentliche Katastrophe. Jede Normalisierung aber schwächt zugleich die afghanische Zivilgesellschaft. Afghanische Frauen sind heute vollständig entreicht; sie leben in einem System, das UN-Vertreter als »Gender-Apartheid« bezeichnen. Zugleich wird die Lage für Millionen Menschen in Afghanistan, die unter Armut, Hunger, Repression und Perspektivlosigkeit leiden, immer schwieriger und spitzt sich die humanitäre Lage im Land zu. Millionen

»Dass die Taliban zunehmend diplomatische Beziehungen unterhalten, motiviert ähnliche Gruppen in der Region, selbstbewusster ihre Ziele zu verfolgen.«

Menschen sind auf ausländische Hilfen angewiesen, die vom Regime systematisch zweckentfremdet werden. Abschiebungen aus Iran und Pakistan verschärfen die Situation - und bedrohen hunderttausende Geflüchtete existenziell.

Zugleich fehlt der entscheidende Hebel, der in autoritären Kontexten oft das einzige Veränderungspotenzial bereithält: externer Druck, internationale Beobachtung, politische Isolation. Für Aufständische, Oppositionelle und Kritiker:innen bleiben so kaum Möglichkeiten, sich gegen das Regime zu stellen.

Langfristig birgt die derzeitige Normalisierungspraxis auch erhebliche Risiken für die globale Sicherheitsarchitektur.

Afghanistan unter Taliban-Herrschaft entwickelt sich mitnichten zu einem stabilen Staat oder einem verlässlichen Partner. Das Land bleibt ein regionaler Unsicherheitsfaktor, der auch über seine Grenzen hinweg in die Welt ausstrahlt - als Hort für Extremismus, Schmuggel, Repression und Schauplatz geopolitischer Einflusskämpfe. Wie sehr unter dem Regime Spielarten des radikalen Islamismus gedeihen, zeigt die rasante Ausbreitung extrem religiöser Schulen im Land, die sogenannten Madrasas: Seit 2021 hat sich deren Zahl vervierfacht.

In Afghanistan droht so eine neue Generation von Extremisten heranzuwachsen. Aber das Emirat strahlt auch in die Nachbarschaft aus: So fühlt sich die terroristische Bewegung der pakistanischen Taliban (Tehrik-i-Taliban Pakistan) seit dem Machtwechsel in Kabul sichtlich ermuntert, ihre Aktivitäten zu intensivieren und vermehrt Anschläge zu verüben. Das heizt den ohnehin schon bestehenden Konflikt zwischen Pakistan und Afghanistan weiter an. Dass sich mit den Taliban eine radikal-islamistische Vereinigung als Staatsmacht etablieren konnte und zunehmend diplomatische Beziehungen zur internationalen Gemeinschaft unterhält, motiviert ähnliche Gruppen in der Region und anderen Teilen der Welt, selbstbewusst ihre Ziele zu verfolgen.

Immer deutlicher zeichnet sich ab: Bei der schleichen den Normalisierung der Taliban handelt es sich nicht bloß um eine außenpolitische Fehlentscheidung - es ist eine historische Verantwortungslosigkeit speziell jener demokratischen Staaten, die sich den Menschenrechten und einer regelbasierten Ordnung verpflichtet fühlen. Sie dürfen nicht vergessen, wer die Taliban sind und wofür sie stehen. Dieses Regime hat über Jahrzehnte Terror gesät, Minderheiten verfolgt, Mädchen und Frauen entrechtet, die afghanische Zivilgesellschaft massiv unterdrückt und selbst vor brutalsten Menschenrechtsverbrechen nicht haltgemacht. Es waren die Taliban, die Krankenhäuser stürmten und

gezielt Schwangere und Neugeborene erschossen. Es waren die Taliban, die damals wie heute al-Qaida Schutz boten - der Organisation, die für die Anschläge vom 11. September 2001 verantwortlich ist.

Trotzdem erleben wir heute, dass die Taliban ohne internationalen Aufschrei diplomatische Bühnen betreten können, Visa erhalten und akkreditiert werden, während in Pakistan noch immer 2000 ehemalige Ortskräfte deutscher Institutionen, Menschenrechtsaktivist:innen und bedrohte Afghan:innen darauf warten, dass Deutschland seine Aufnahmeezusagen einlässt. Bislang hat die schwarz-rote Bundesregierung nur Afghan:innen nach Deutschland fliegen lassen, die eine Zusage über das Bundesaufnahmeprogramm erhalten und erfolgreich auf Erteilung eines Visums geklagt hatten. Jene Personen, denen Zusagen über andere Programme gemacht wurden, bietet die Bundesregierung finanzielle Hilfen, wenn sie auf eine Aufnahme in Deutschland verzichten. Doch in ihrer alten Heimat droht ihnen Gefahr für Leib und Leben, während für sie zugleich die Zeit drängt: Ende 2025 läuft eine zwischen Pakistan und Deutschland vereinbarte Frist über die Klärung der Fälle aus; danach droht den Betroffenen die Abschiebung nach Afghanistan. Anfang Dezember urteilte das Bundesverfassungsgericht deshalb im Fall eines Richters und seiner Familie, dass Schwarz-rot die Entscheidung über die Visavergabe nicht weiter hinauszögern darf.

Auch wenn es durch eine deutsche Brille so scheinen mag: Afghanistan ist nicht irgendein entfernter Schauplatz; es ist ein globaler Prüfstein, an dem auch die Zukunft der internationalen Ordnung und Sicherheit verhandelt wird. Statt kürzsichtiger, innenpolitisch motivierter Symbolpolitik und diplomatischer Kosmetik braucht Berlin eine langfristig gedachte und konsistente Afghanistan-Politik. Denn der Preis des Wegschauens ist hoch - für Afghanistan, für die Region und letztlich für uns alle. ◇